

Die Neuregelung der Erbschaftsteuer ist notwendig, um den sozialen Konsens der Gesellschaft zu sichern!

Nr. 094.01 / 03.04.2001

Zur Neuregelung der Erbschaftssteuer erklärt die Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Monika Heinold**:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Schleswig-Holstein stellt sich einstimmig hinter die Landesregierung.

In der Diskussion über die Bundesratsinitiative der Landesregierung zur Neuregelung der Erbschaftsteuer scheinen einige Gegner langsam jeden Bezug zur Realität zu verlieren:

- Es geht den „Raubrittern“ nicht darum, jemandem das Häuschen zu klauen. Ein Freibetrag von 600 000 DM ist für einen Ehepartner (bzw. 400.000 pro Kind) steuerfrei. Viele Menschen können nur davon träumen, ein Haus mit diesem Wert zu erben. Hier findet kein Angriff auf sozial Schwache statt!
- Es geht um die zwingende Umsetzung eines Verfassungsgerichtsurteils aus dem Jahre 1995, in dem gefordert wird, dass Immobilien mit dem tatsächlichen Wert angesetzt werden, wie alle anderen Vermögensarten auch.
- Die Erbschaftsteuer kommt alleine den Ländern zugute. Wenn das Urteil nicht umgesetzt wird, gehen Schleswig-Holstein 138 Millionen verloren. Wer will den BürgerInnen zumuten, diesen Betrag anderweitig aufzubringen?
- Die Situation „privater Reichtum - öffentliche Armut“ darf sich nicht noch mehr verschärfen. Schleswig-Holstein braucht die Mittel, vor allem seit die Vermögensteuer abgeschafft ist. Und die reicheren unter den glücklichen Erben müssen dazu auch etwas beitragen!

Fazit: Nicht die Erbschaftsteuer ist unsozial, sondern der soziale Konsens unserer Gesellschaft wird aufgekündigt, wenn die Wohlhabenden zu den wichtigen Zukunftsaufgaben wie Bildung und Sicherheit immer weniger beitragen!
